



**Landkreis  
Rotenburg**  
(Wümme) | Der Landrat

## **Niederschrift**

- öffentlicher Teil -

über die  
**8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und  
Organisation**  
**am 01.11.2023**  
**in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal**

### **Teilnehmer:**

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Robert Abel  
Abg. Doris Brandt ab TOP 5  
Abg. Nico Burfeind  
Abg. Thomas Busch  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Detlef Kück  
Abg. Susanne Mrugalla  
Abg. Günter Scheunemann  
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder  
Abg. Bernd Sievert  
Abg. Dirk-Frederik Stelling  
Abg. Christian Winsemann Vertretung für Abgeordneten Tobias Koch

#### **Verwaltung**

Landrat Marco Prietz  
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)  
Herr Axel Bolz (Amt 20)  
Herr Marco Groth (Amt 10)  
Herr Sebastian Roy (Personalratsvorsitzender)  
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)  
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Ernst Behrens

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 14.06.2023
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung des Haushaltsplans 2024  
Vorlage: 2021-26/0533
- 6 Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Harling** eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Mitglieder der Verwaltung und die Vertreter der Presse. Die Abg. Brandt habe ihm mitgeteilt, dass sie sich etwas verspäten werde. Anschließend stellt **Vorsitzender Harling** fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss somit beschlussfähig sei.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen, sie wird einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 14.06.2023**

---

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 14.06.2023 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

Abg. Brandt nimmt an der Sitzung teil.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplans 2024**  
**Vorlage: 2021-26/0533**

---

**Landrat Prietz** erklärt, der Entwurf des Haushaltsplanes 2024 sei bereits versandt und solle nun öffentlich vorgestellt werden.

Der Entwurf des Ergebnishaushalts für 2024 sieht ein Defizit von über 11 Mio. Euro sowie eine Netto-Neuverschuldung von 57,5 Mio. Euro vor. Der Schuldenstand des Landkreises werde sich damit bei tatsächlicher Umsetzung aller Investitionen von heute knapp 20 Mio. auf fast 80 Mio. Euro nahezu vervierfachen. Die mittelfristige Finanzplanung prognostiziert auch für die Folgejahre jeweils Defizite und weitere neue Schulden. Die Luft werde finanziell dünner. Auch spüre die Kreisverwaltung die enorme Inflation, die im Wesentlichen eine Folge von höheren Energiepreisen, internationalen Konflikten, Lieferschwierigkeiten und Fachkräftemangel sei. Zweitrundeneffekte, zum Beispiel über verständlicherweise höhere Tarifabschlüsse, kämen hinzu und würden sich in den Personalaufwendungen niederschlagen. Das alles wäre noch zu verkraften, wenn nicht gleichzeitig insbesondere die Bundesregierung die Ausweitung staatlicher Aufgaben und Ausgaben mit einem derartigen Elan verfolgen würde. Es bestehe Anlass zur Vermutung, dass sich bislang nicht bis nach Berlin herumgesprochen habe, dass Geld und Personal endliche Ressourcen seien, die sich nicht auf Beschluss des Deutschen Bundestages beliebig vermehren lassen. Insbesondere im Bereich der Sozialausgaben, zu denen er auch die kommunale Aufgabe der Jugendhilfe zähle, gäbe es ein Ausgabenwachstum, gegen das keine Wirtschaft anverdienen könne. Mittlerweile gäben wir fast 2/3 unseres Haushaltes für Sozialleistungen aus, wohlgemerkt in einem Landkreis mit faktischer Vollbeschäftigung. Die ständige Erhöhung gesetzlicher Standards bei gleichzeitiger Ausweitung von Dokumentations- und Berichtspflichten trage zudem ebenso zu Personalmehrbedarfen bei wie beispielsweise die hohe und ungesteuerte Migration, die sich bei uns im Haus gleich in mehreren Ämtern bemerkbar mache. Allein bis Ende März 2024 solle unser Landkreis über 1.000 weitere Asylbewerber aufnehmen, wobei niemand sagen kann, wo diese wohnen sollen und wie ihre Integration gelingen könne. Die kommunale Ebene fühle sich hier mittlerweile vom Staat im Stich gelassen und der Entwicklung als letztes Glied in der Kette ausgeliefert. Dass das Bürgergeld zum 1. Januar das zweite Jahr infolge um mehr als 10 % erhöht werde, während gleichzeitig die Sanktionsmöglichkeiten faktisch abgeschafft würden, sei auch kein kluger Schachzug, um arbeitslose Menschen zu einer Aufnahme von Arbeit in Zeiten von Fachkräftemangel und Rezession zu motivieren.

Nichtsdestotrotz habe der Haushaltsplanentwurf auch positive Facetten:

Es werde in Schulen, Straßen, den Breitbandausbau, die Krankenhausversorgung oder die Digitalisierung unserer Verwaltung investiert. Auch in Zukunft würden mehr als 14 Mio. Euro pro Jahr für freiwillige Leistungen ausgegeben werden können. Das sei beispielsweise gut für den Sport, die Kultur, die Wirtschaftsförderung oder den Rettungsdienst. Es sei möglich, dringend notwendige zusätzliche Stellen in den Haushalt 2024 aufzunehmen. Es gäbe Kreise, in denen künftig Stellen nach Vakanz grundsätzlich für sechs Monate unbesetzt blieben und solche, in denen die Fortbildungsmittel pauschal um 20 % gekürzt würden. Der Anteil der Personalausgaben am Gesamtaufwand bleibe trotz der Ausweisung zusätzlicher Stellen mit 17 % konstant. Voraussichtlich werde der Landkreis auf den laufenden Konten einen positiven Saldo ausweisen können und müsse zukünftig keine Liquiditätskredite in Anspruch nehmen. Die Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit würden ausreichen, um alle Zins- und Tilgungsleistungen zu bestreiten. Deshalb bräuchte der Landkreis kein Haushaltssicherungskonzept mit strikten Kürzungsmaßnahmen. Die Kreisumlage sei mit 44 Hebesatzpunkten auch 2024 die niedrigste in der Region und werde anders als in manch anderen Landkreisen nicht erhöht. Damit behielten die Gemeinden finanzielle Spielräume, die sie dringend bräuchten, um die Lebensbedingungen zu gestalten. Die Defizite im Ergebnishaushalt könnten mit den erheblichen Rücklagen aus Vorjahren aufgefangen und ausgeglichen werden. In der jüngeren Vergangenheit sei der tatsächliche Jahresabschluss am Ende meist besser ausgefallen, als die Planung es vermuten ließ und es wurden auch lange nicht alle Kreditermächtigungen in dem Umfang in Anspruch genommen, wie dies zu befürchten war.

**Frau Dr. Fricke** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) die wichtigsten Daten des Haushaltsplanentwurfs 2024. Die Grundlagen für die Planung seien aus dem Entwurf von Mai 2024 entnommen, etwaige Änderungen würden zur zweiten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation eingearbeitet werden. **Frau Dr. Fricke** erläutert im Einzelnen die Finanzlage beim Landkreis und den Gemeinden. Hier sei eine deutliche Abschwächung erkennbar. Die Höhe der Kreisumlage sei bezogen auf die positiven Vorjahresergebnisse ausgewogen und erlaube Kreis und Gemeinden weiterhin ein vertretbares Maß an freiwilligen Leistungen. Die Kriege in der Ukraine und Israel, aber auch konjunkturelle Entwicklung und steigende Soziallasten würden erhebliche Unsicherheiten bergen. Die Entwicklung der Personalstellen bzw. Personalaufwand sei mit finanziellen Risiken verbunden, zudem sei der Fachkräftemangel ein Problem. Die freiwilligen Leistungen im Ergebnishaushalt (3,31 %) hätten ein vertretbares Niveau. Die Schulden würden in den kommenden Jahren aufgrund der erheblichen Investitionen in den Bereichen Krankenhäuser, Breitband, Straßen und Schulen deutlich ansteigen.

**Vorsitzender Harling** fragt, warum bei der Einkommensteuer weniger Geld eingenommen werde. **Herr Bolz** erklärt, dass die Ende 2022 erfolgten Änderungen im Einkommensteuergesetz zum Beispiel durch das Inflationsausgleichsgesetz zu den Mindereinnahmen geführt hätten.

**Abg. Brandt** meint, durch die zahlreichen Investitionen würde der Kreis einen Schatz aufbauen, dieser Wert sei nicht zu unterschätzen.

**Abg. Schnellrieder** möchte wissen, ob auch Investitionen für die Modernisierung der IT und Verwaltungsdigitalisierung veranschlagt seien. **Frau Dr. Fricke** erwidert, dass im Bereich der IT sowohl für die Schulen als auch für die Verwaltung über 4 Mio. Euro eingeplant seien.

**Vorsitzender Harling** fragt, wie sich der geplante Anstieg der Personalkosten von derzeit 66 auf 72 Mio. Euro aufschlüssele.

**Herr Bolz** antwortet, dass zwei Mio. Euro auf den Zuwachs an Stellen entfalle und vier Mio. Euro den Tariferhöhungen für über 1000 Beschäftigte geschuldet seien.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation nimmt den Entwurf des Haushalts- und des Stellenplanes 2024 (Stand 20.10.2023) zur Kenntnis und verweist den Entwurf des Haushaltsplanes in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

#### **Punkt 6 der Tagesordnung: Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

**Vorsitzender Harling** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.20 Uhr.

*gez. Harling*  
Vorsitzender

*gez. Prietz*  
Landrat

*gez. Trau*  
Protokollführerin